



**Bezirksverordnetenversammlung Neukölln von Berlin**

Der Bezirksverordnetenvorsteher

# Pressemitteilung

*Datum: 17.10.2024*

**Postanschrift**

Bezirksamt Neukölln von Berlin  
12040 Berlin

**Pressekontakt**

Tel.: +49(0) 30 90239 - 2386  
bv@bezirksamt-neukoelln.de

## **Gegen antisemitische Gewalt und für ein friedliches Miteinander in Neukölln**

Die Bezirksverordnetenversammlung Neukölln von Berlin hat auf ihrer Sitzung am Mittwoch, den 16. Oktober 2024 eine Entschließung mit 31 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen der 46 anwesenden Bezirksverordneten verabschiedet:

### Entschließung der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln von Berlin

Die Bezirksverordnetenversammlung verurteilt stellvertretend für alle antisemitischen und antiisraelischen Übergriffe und Gewaltakte die Angriffe auf die Programmschänke Bajszel. Das Bajszel wurde im Zuge des Nahostkonflikts mehrfach Opfer von Angriffen, darunter terrorverherrlichende Schriftzüge. Der traurige Höhepunkt war ein Brandanschlag, bei dem Türschlösser verklebt und damit bewusst Tote in Kauf genommen wurden. Wir sprechen den Betreibern und Mitarbeitern unsere Solidarität aus und sind erleichtert, dass niemand verletzt wurde.

Solch ein Exzess reiht sich in Entwicklungen ein, bei denen Hebräisch sprechende Menschen angegriffen wurden, auf Demonstrationen das Existenzrecht Israels negiert wird und offen Terror unterstützt wird. Die Bezirksverordnetenversammlung von Neukölln ruft alle Akteure auf, sich von solchen Taten zu distanzieren und für ein Miteinander in unserem Bezirk einzutreten.

Für jüdische Mitmenschen - Israelis und Nicht-Israelis - ist der Alltag in Berlin seit dem schrecklichen Terrorangriff vom 7. Oktober 2023 ein anderer geworden, denn ihnen fehlen sichere Räume. Solche Räume werden ihnen durch gewaltverherrlichende und sogar gewaltbereite Personen aus antisemitischer Motivation genommen. Dieser Zustand ist 79 Jahre nach dem Ende der Shoa in Deutschland zutiefst unerträglich. Viele fürchten auch um die Geiseln, die noch in der Hand der Terrororganisation Hamas sind. Die Bezirksverordnetenversammlung erkennt auch die Sorgen von palästinensischen Menschen in unserem Bezirk an, die um das Wohl und Weh ihrer Angehörigen und Freunde im Konfliktgebiet bangen.

Diese Emotionen dürfen und können jedoch keine übergriffigen oder gar gewalttätigen Taten auf andere Menschen in Neukölln rechtfertigen. Antisemitismus und Vernichtungswünsche gegenüber Israel dürfen keinen Platz in Neukölln haben.

Karsten Schulze  
Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung  
Neukölln von Berlin

